



Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau

18. IHK-Neujahrsempfang

am 7. Januar 2008
im Anhaltischen Theater in Dessau-Roßlau

Pressestatement

Albrecht Hatton
Präsident

Sperrfrist: 7. Januar 2008, 15:30 Uhr
-es gilt das gesprochene Wort-

Drei Themen sind mir am heutigen Abend wichtig:

- 1) Politische Bremsmanöver auf Bundes- und Landesebene
- 2) Die wirtschaftliche Bilanz in Sachsen-Anhalt und
- 3) Die Bilanz der IHK-Arbeit

1) Politische Bremsmanöver auf Bundes- und Landesebene

Zwei Beispiele für politische Bremsmanöver, wo eigentlich beherztes Gasgeben angesagt wäre, sind: Gewerbesteuer und Nichtrauchererschutz.

Die Gewerbesteuer muss weg, sie belastet die Unternehmen dreifach! Der Gewinn wird steuerlich einmal mit der Einkommensteuer oder mit der Körperschaftsteuer; und zum zweiten mit der Gewerbesteuer erfasst. Das ist schon genug sinnlose Zusatzbürokratie. Aber es kommt auch noch eine dritte Besteuerung ins Spiel: die Besteuerung von Kosten - Zinsen, Mieten, Pachten, Leasingraten und so fort. Und weil die Logik der doppelten Buchführung nun mal ist: Die Kosten des einen, sind die Erträge des anderen, gilt: Gewerbesteuer wird auf Kosten und Erträge erhoben.

Man fragt sich: Warum das bürokratische Monster Gewerbesteuer mit willkürlicher Kostenbesteuerung, Freibeträgen, Messbeträgen und Hebesätzen, Aufteilung auf Bund und Gemeinden, Umverteilung zwischen den Gemeinden innerhalb des Landes, wenn es nichts weiter als Doppelarbeit und Dreifachbesteuerung ist?

Politisch ist das erklärbar: Viele verschiedene, gegeneinander stehende politische Interessen müssen zu einem Kompromiss verarbeitet werden. Da gilt es, strategische Allianzen zu schmieden, nach dem Motto: Gibst du mir, geb' ich dir! Steuersystematik, Steuerklarheit, Steuereinfachheit, Bürokratieabbau, Steuererhebungskosten, alles was vernünftige Organisation und Effektivität ausmacht, bleibt auf der Strecke.

Politik ist ein mühsames Geschäft um Kompromisse unter der Nebenbedingung: Wähler müssen gewonnen werden. Das will ich als Demokrat nicht beklagen, aber beim Namen nennen. Nur so kann verhindert werden, dass Abgeordnete und Minister bei all dem auch noch ein gutes Gewissen haben.

Beim Nichtrauchererschutz – meinem zweiten Beispiel- geht es mir nicht um Nichtrauchererschutz Ja oder Nein. Mir geht es um Pflichten des Staates gegenüber Rechten der Bürger, um Rechtsempfinden und kluge und gerechte Politik. Das Problem, über das ich heute Abend sprechen werde, ist: Wie viele Freiheitsrechte sollen/müssen/dürfen auf dem Altar von Mehrheitsinteressen geopfert werden, oder wie viel Ungleichheit vor dem Gesetz sollen/müssen/dürfen Bürger hinnehmen?

Im Landes-Nichtraucherschutzgesetz geht es um einen sehr speziellen Schutz. Insgesamt habe ich darin über 30 verschiedene Gebäudetypen gezählt (ohne Gewähr), in denen nicht mehr geraucht werden darf. Nicht gezählt, was es heißen könnte, ich zitiere: „Einkaufszentren und andere Gebäude oder Räume, in denen **derartige** Dienstleistungen erbracht werden.“

Da ist ganz offensichtlich wieder hart im Parlament gerungen worden. Herausgekommen ist ein Schutzgesetz für Nichtraucher, wenn sie bestimmte Räume betreten: Die Eigentümer dieser Räume fragen sich zu recht: Warum trifft mich der Bannstrahl des Gesetzes und andere nicht? Wo bleibt die Gleichheit vor dem Gesetz?

Ich sage: Die Nichtrauchererschutzgesetze in allen deutschen Ländern sind der falsche Hebel. Entweder ist Rauchen erlaubt, oder Rauchen ist verboten. Verbote durch die Hintertür von Landesgesetzen können das Problem nicht lösen. Jedenfalls nicht willkürfrei. Der notwendige Verfassungspatriotismus kann so nicht gedeihen.

Das waren nur zwei Beispiele. Die eigentliche Liste ist viel länger: Antidiskriminierung, rückwirkende Steuergesetze, ökologische Kfz-Steuer, Mindestlöhne und Höchstlöhne, Filter für Kaminöfen, Pflichtversicherung in Privatkrankenkassen und so weiter und so fort. Eine Aufgeregtheit jagt die andere, monatlich wird die sprichwörtliche Sau durchs Dorf getrieben, Bürokratie vermehrt, Rechtsunsicherheit erhöht, Neid befeuert, Unverständnis gemehrt.

Ergebnis: Politik- und Demokratieverdrossenheit breitete sich aus wie Öl auf dem Wasser. Der Verfassungsrichter Prof. Dr. Udo Di Fabio warnt, in meinen Worten: Bedenket das Ganze!

Das Getriebe Deutschland muss ertüchtigt werden. Teils vorsichtige, teils mutige Politikvorschläge sind dafür gemacht worden. Von Rot-Grün unter der Überschrift „Fördern und fordern“, von der CDU in Leipzig mit der Steuererklärung auf dem Bierdeckel oder einer „solidarischen Bürgerversicherung“. Beides ist von der deutschen Wählermehrheit abgestraft worden.

Ich weiß, dass es um Mehrheiten geht. Ich weiß aber auch: Wenn Politik den Mehrheitswünschen des Volkes folgt, wird sie den Wettlauf mit diesen Wählerwünschen nicht gewinnen. Demokratisch korrekt beuten die vielen Indianer die wenigen kleinen oder großen Häuptlinge aus. Den Wettlauf mit Wählerwünschen gewinnt nicht SPD oder CDU. Den Wettlauf gewinnt irgendein linker oder rechter schamloser autoritärer antidemokratischer Prophet.

Meine Botschaft heute ist aber nicht Beschimpfung der Politik. Meine Botschaft ist: Nur Mut! Wir haben die Wahl! Zukunft ist offen! Wir können was draus machen!

2) Die wirtschaftliche Bilanz für Sachsen-Anhalt

... ist durch wirtschaftlichen Fortschritte gekennzeichnet und positiv zu bewerten: Die Unternehmen stellen neue Mitarbeiter ein, die Zahl der Arbeitsplätze wächst und die Gewerbeerträge haben einen Höchstwert erreicht. Es sind jetzt zwei Milliarden im IHK-Bezirk. Das ist Spitze in den neuen Bundesländern und auch bundesweit überdurchschnittlich.

Darüber hinaus ist der Landes- und der Bundesregierung zu danken für die Verkehrsinfrastruktur. Alle verbliebenen Lücken im Verkehrsnetz werden zügig geschlossen. Professionelle Verhinderungsaktivisten oder bremsende Gerichtsurteile hin oder her - in Magdeburg und Berlin gibt es kein Zaudern und kein Wackeln. Das verdient Lob - Mitteldeutschland kann sich sehen lassen.

3) Die Bilanz der IHK-Arbeit

Unsere IHK wurde im vergangenen Jahr über 700.000-mal um Rat und Tat gefragt, persönlich, telefonisch, schriftlich oder per Internet (275.000 Anrufe erreichten die IHK, 110.000 Mal wurde IHK-Homepage aufgerufen, 100.000 Briefe wurden an IHK geschickt, 230.000 Anrufe von IHK-Mitarbeitern, 12.000 persönliche Beratungs- und Informationsgespräche, 16.000 Prüfungen = gesamt 743.000).

Wir haben mit 1.697 ehrenamtlichen Prüfern 6.675 Lehrlinge zu Facharbeitern befördert. Knapp 2.000 Unternehmer wurden in eine selbständige Existenz begleitet oder geholfen, Finanzprobleme zu lösen.

Unsere Tochter InterCom zur Förderung der Außenwirtschaft hat Tore bis nach China geöffnet. Unsere Technologie-Fördertochter Mitteldeutsche Informations-, Patent-, Online-Service GmbH (MIPO) hat mit rund 1.300 Patentrecherchen und markenrechtlichen Beratungen Wettbewerbsvorsprünge für mehr als 150 Unternehmen ermöglicht.

Nicht zu vergessen die vielen Flächennutzungspläne, Gefahrgut-prüfungen, Registereintragungen, Stellungnahmen zu Gesetzen, Gespräche mit Abgeordneten, Vertretern der Landesregierung, Bürgermeistern und Landräten - immer mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für die IHK-Mitglieder zu verbessern.

Die strategischen Weichenstellungen für all das bestimmt die IHK-Vollversammlung. Sie hat Ende November den Lohnfonds um 2 Prozent oder 100.000 € erhöht, die Pflichtumlagen für Mitglieder um 12 Prozent oder 600.000 € gesenkt und einen Anbau - ein modernes Kundenzentrum mit Konferenzräumen - für 5 Mio. € beschlossen.

18 Jahre nach Wiedergründung wird damit der Aufbau der IHK Halle-Dessau abgeschlossen. Dafür werde ich nachher allen Unternehmerkollegen in Präsidium, Vollversammlung, Fach- und Prüfungsausschüssen, dem Hauptgeschäftsführer und allen Mitarbeitern in den IHK-Geschäftsstellen danken.

Schließlich möchte ich Sie noch über eine erste gute Tat im neuen Jahr informieren: soeben haben wir mit der tschechischen Kreiswirtschaftskammer Most unsere bereits seit 1993 bestehende Zusammenarbeit um ein weiteres Jahr verlängert und die Projektliste für 2008 unterzeichnet. Schwerpunkte der diesjährigen Zusammenarbeit sind: ein Erfahrungsaustausch zwischen dem Tourismusausschuss beider Kammern und dem Tourismusverband, eine Kooperationsbörse sowie die Feierlichkeiten zum 15jährigen Bestehen der OHK Most und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit beider Kammern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!